

**LÄRMSCHUTZ:** Gemeinderat und Stadtverwaltung nehmen Stellung zum Bundesverkehrswegeplan für Straße und Schiene bis 2030

## Aktiven Schallschutz und Tunnel angeregt

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung setzen sich für Lärm- und Umweltschutz bei Verkehrsvorhaben des Bundes in der Stadt ein, teilt die Pressestelle der Stadt mit. Derzeit wird der Bundesverkehrswegeplan (BWVP) vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die nächsten 10 bis 15 Jahre aufgestellt - Grundstein für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland bis zum Jahr 2030. Um die Interessen Hockenhems bei der Planaufstellung zu wahren, hat Oberbürgermeister Dieter Gummer zwei schriftliche Stellungnahmen zu den geplanten Verkehrsvorhaben in Hockenheim verfasst.

Der Gemeinderat hat sie in öffentlicher Sitzung am 20. April befürwortet. Die Stellungnahmen beziehen sich auf geplante Straßenbau- und Schienenprojekte und wurden im Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung an das zuständige Bundesministerium und an den Deutschen Städtetag in Berlin, dem kommunalen Spitzenverband von 3400 Städten und Gemeinden, geschickt.

Bei den Straßenbauprojekten sieht der BVWP bis 2030 zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit einen achtspurigen Ausbau der Autobahn A 6 zwischen dem Autobahndreieck Hockenheim und dem Autobahnkreuz Walldorf vor. Gummer schrieb in den Stellungnahmen, dass dieses Ziel grundsätzlich sinnvoll sei.

### Für Tempo 100 auf der A6

Es bestünden aber "erhebliche Zweifel" an der Feststellung, dass der Ausbau keine erhöhte Geräuschbelastung für die Bürger zur Folge hat. Die Stadt fordert deshalb vor allem wegen dem zahlreichen Schwerlastverkehr auf der A 6 "entlang der bebauten Ortslage von Hockenheim aktive Schallschutzmaßnahmen durch Lärmschutzwände". Außerdem sei "im Sinne des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 100 sinnvoll".

Darüber hinaus müssen bei der Aufstellung des BVWP 2030 auch städtische Planungen zur strategischen Weiterentwicklung am Hockenheimring berücksichtigt werden. Der Bebauungsplan "Sondergebiet Hockenheimring I" sieht dafür Sonderflächen im Bereich zwischen den Tribünen und der A 6 vor.

Die bauliche Verwendung dieser Flächen sei aber bereits heute durch das Fernstraßengesetz geschmälert, weil das Gesetz in einer Entfernung von 40 Metern entlang der A 6 bauliche Beschränkungen fordert. "Wir regen daher an, in dem betreffenden Bereich den Autobahnausbau auf der Westseite der A 6 durchzuführen", so der OB weiter.

### Mehr Schutz gegen Bahnlärm

Ein besonders wichtiges Anliegen für effektiven Lärmschutz ist der geplante Ausbau des Eisenbahnkorridors Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe. Dieses Vorhaben führe in Hockenheim zu einer hohen Belastung mit Güterzügen, weil sich das Verkehrsaufkommen nach Prognosen des Bundes bis 2030 nahezu verdoppelt. Der Korridor weist auch die größten Engpässe im deutschen Eisenbahnnetz auf.

"Es ist offensichtlich, dass auf dieser Strecke durch den zunehmenden Güterverkehr erhebliche Lärmbelastungen auf die Bürger zukommen. Wir fordern deshalb vom Bund, endlich wirksame aktive Lärmschutzmaßnahmen, beispielsweise durch Tunnel, zu realisieren", so Dieter Gummer abschließend. zg

© Hockenheimer Tageszeitung, Donnerstag, 28.04.2016